



39/2026

Mitteilungsblatt / Bulletin

22. Juli 2026

Satzung

nach § 18a Absatz 5 BerlHG

(Sozialfonds-Satzung)

der Studierendenschaft

der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

vom 12.11.2018, zuletzt geändert am 13.07.2026

Statute

in accordance with § 18a section 5 BerlHG

(Social funds statute)

the student representative body

of the Berlin School of Economics and Law (HWR Berlin)

Date: 12.11.2018, last amended on 13.07.2026

Editor

Der Präsident der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin /

The President of the Berlin School of Economics and Law

Badensche Straße 52 • 10825 Berlin

T +49 (0)30 30877-1393 • F +49 (0)30 30877-1319

Inhalt

§ 1	Gegenstand	3
§ 2	Antragsberechtigte	3
§ 3	Vergabekriterien	5
§ 4	Antragsunterlagen	5
§ 5	Antragsfristen	5
§ 6	Bewilligungszeitraum	5
§ 7	Antragsbearbeitung	5
§ 8	Änderung / Inkrafttreten	6

Contents

§ 1	Subject	7
§ 2	Eligibility for application	7
§ 3	Award criteria	9
§ 4	Application documents	9
§ 5	Application deadlines	9
§ 6	Term of the grant	9
§ 7	Application documents	9
§ 8	Alterations / commencement	10

**Satzung
nach § 18a Absatz 5 BerlHG
(Sozialfonds-Satzung)
der Studierendenschaft
der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
vom 12.11.2018, zuletzt geändert am 13.07.2026**

Auf Grund von § 18a Absatz 5 des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz - BerlHG) in der Fassung vom 26.07.2011 (GVBl. S. 378), zuletzt geändert am 21.01.2026 (GVBl. S. 23), hat das Studierendenparlament folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Gegenstand

- (1) Die Studierendenschaft der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin) richtet einen Fonds ein, aus dem Zuschüsse an Studierende nach § 18a Absatz 5 BerlHG geleistet werden. Er speist sich aus den in der Beitragsordnung der Studierendenschaft dafür vorgesehenen Mitteln und den Zinserträgen aus den nach § 18a Absatz 4 BerlHG eingezogenen Beiträgen. Nicht verbrauchte Mittel werden dem Fonds wieder zugeführt.
- (2) Studierende, die nicht nach der Satzung nach § 18a Absatz 5 BerlHG (Semesterticket- Satzung) bzw. nach § 1 Absatz 4 Vertrag VBB Semesterticket, von der Beitragspflicht zum Semesterticket befreit sind, können nach den Regelungen dieser Satzung eine Zuzahlung zum Ticketpreis beantragen bis zu einer Höhe des Preises des Semestertickets des zu bezuschussenden Semesters. Der Mindestbetrag für einen Zuschuss soll mindestens 5,00 EUR betragen. Eine rechtliche Verpflichtung der Studierendenschaft, einem solchen Antrag zu entsprechen, besteht nicht. Von der Studierendenschaft nach dieser Satzung gewährte Leistungen sind freiwillig und erfolgen aufgrund von Einzelfallentscheidungen nach Maßgabe der der Studierendenschaft im Fonds nach Absatz 1 zur Verfügung stehenden Mittel. Es besteht kein Rechtsanspruch der Antragsberechtigten auf Leistung nach Satz 1.
- (3) Der Zuschuss wird für jeweils ein Semester gewährt.

§ 2 Antragsberechtigte

- (1) Antragsberechtigt sind Studierende, die nachweisen können, dass eine zum Zahlungszeitpunkt auftretende besondere Härte ihnen das Aufbringen des Semesterticket-Beitrages erheblich erschwert, ihr monatliches Einkommen den Bedarf nicht überschreitet und sie nicht über sonstiges Vermögen verfügen. Der Berechnungszeitraum umfasst drei Monate. Für sich rückmeldende Studierende endet der Berechnungszeitraum am letzten Tag des Monats, in den das Ende der Rückmeldefrist des Antragssemesters fällt. Für Erstimmatrikulierende endet der Berechnungszeitraum zum Monatsende der Immatrikulation.
- (2) Studierende, die während oder noch vor dem beantragten Zuschusssemester exmatrikuliert werden oder ihren studentischen Status an der HWR Berlin verlieren, müssen dies dem Semesterticketbüro unverzüglich anzeigen und den bewilligten Zuschussbetrag anteilig für die noch nicht angebrochenen Monate, in denen sie keine Studentin oder kein Student der HWR Berlin mehr waren, unverzüglich zurückzahlen.

- (3) Als besondere Härten gelten insbesondere:
1. die Anfertigung der Studienabschlussarbeit zum Zeitpunkt der Zahlungspflicht,
 2. ein Praktikum mit mindestens 30 Stunden Arbeitszeit pro Woche innerhalb der letzten sechs Monate bis zum Zeitpunkt der Zahlungspflicht, soweit es in der Studien- und Prüfungsordnung vorgeschrieben ist und wenigstens drei Monate dauerte,
 3. für ausländische Studierende die Einschränkung der Arbeitserlaubnis für nichtselbständige Tätigkeiten,
 4. ein geringes Einkommen, das vorliegt, wenn das Einkommen im Sinne von Absatz 5 den Bedarf innerhalb des Berechnungszeitraums im Sinne von Absatz 4 unterschreitet.
 5. Kosten, soweit sie in der Summe einen Betrag von 50 Euro überschreiten, die im Berechnungszeitraum angefallen sind für:
 - a) medizinische oder psychologische Versorgung, die nicht durch eine Krankenversicherung getragen werden und nicht ausschließlich kosmetischen Nutzen haben sowie
 - b) Gerichtsgebühren, Anwaltskosten und Rückzahlungen überzahlter Beträge an Behörden.
 6. Schwangerschaft ab der 12. Woche,
 7. das Zusammenleben mit mindestens einem minderjährigen Kind,
 - a) wenn man allein für dessen Pflege und Erziehung sorgt,
 - b) Verpflichtung zur Leistung von Unterhalt für mindestens ein minderjähriges Kind besteht,
 8. Studierende, die oder deren Kind oder Kinder einen Anspruch auf laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) oder nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) haben,
 9. wenn man allein für die Pflege eines kranken, genesenden oder behinderten Menschen sorgt oder diesem Unterhalt leistet,
 10. wenn bereits ein Berliner Sozialticket erworben wurde,
 11. Eingliederungshilfe für Behinderte nach § 54 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 SGB XII.

Sonstige vergleichbare Härten, die nicht hier aufgelistet sind, sind im Einzelfall zu prüfen.

- (4) Der monatliche Bedarf für Studierende setzt sich zusammen aus:
1. einem Grundbedarf in Höhe des Regelbedarfs nach § 20 Absatz 2 SGB II (Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende)
 2. einer Pauschale für jede Person, gegenüber der Unterhaltungspflicht besteht, oder Unterhalt geleistet wird, in Höhe von:
 - a) für Partnerinnen und Partner einer Ehe, Lebenspartnerschaft, eheähnlichen oder lebenspartnerschaftsähnlichen Gemeinschaft analog zu § 20 Absatz 3 SGB II,
 - b) für Kinder unter 25 Jahren und sonstigen erwachsenen Personen analog zu § 20 Absatz 2 S. 2 SGB II und § 22 Absatz 2a SGB II,
 - c) für Kinder von 0 bis 5 Jahren analog zu § 23 Nr. 1 SGB II,
 - d) für Kinder von 6 bis 13 Jahren analog zu § 23 Nr. 1 SGB II,
 - e) für Kinder von 14 bis 17 Jahre analog zu § 23 Nr. 1 SGB II,
 3. die Kosten der Unterkunft, einschließlich Heiz- und Nebenkosten durch Nachweis bis zu höchstens 600 Euro. Wird ein Bedarf nach § 2 Absatz 4 Nr. 2 anerkannt, erhöht sich der anrechenbare Betrag um 200 Euro für jede weitere Person.
 4. der von der Antragstellerin oder dem Antragsteller gezahlte monatliche Beitrag für die Krankenversicherung, sofern die Kosten von der oder dem Studierenden selbst getragen werden,
 5. ein Mehrbedarf von 60€, wenn eine Härte nach § 2 Absatz 3 Nr. 5 6 nachgewiesen ist,

- (5) Die Studierenden haben ihr gesamtes Einkommen zur Beschaffung des Semestertickets einzusetzen. Zum Einkommen gehören in der Regel Einkünfte aus nichtselbständiger und selbständiger Arbeit, Unterhalts- und Zuschusszahlungen, Zins- und Dividendeneinkünfte, Stipendien, Kindergeld, Leistungen nach

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG), Wohngeldgesetz (WoGG), Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG), Sozialgesetzbuch (SGB) und Renten. Zusätzlich angerechnet wird ein Bedarf für Schulden, deren Tilgung im Berechnungszeitraum fällig ist oder wird.

(6) Studierende haben ihr Vermögen einzusetzen, soweit dies zumutbar ist. Auf Antrag kann ein Teil des Vermögens von der Anrechnung ausgenommen werden, wenn dessen Einsatz im Einzelfall eine unbillige Härte darstellen würde.

§ 3 Vergabekriterien

Bei Studierenden, die besondere Härten gemäß § 2 Absatz 3 geltend machen können, erfolgt eine Zuzahlung zum Semesterticket in Höhe der Differenz von Einkommen und Vermögen zum Bedarfssatz.

§ 4 Antragsunterlagen

Der Antrag muss das aktuelle vollständig ausgefüllte Formblatt, die Semesterbeitragsquittung des zu bezuschussenden Semesters sowie die Nachweise zur Darlegung der Härte und Bedarfsberechnung enthalten.

§ 5 Antragsfristen

Der Antrag auf einen Zuschuss zum Semesterticket-Beitrag muss spätestens bis zum Ende des fünften Monats des zu bezuschussenden Semesters beim Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) eingegangen sein. Nach Ablauf der Frist wird der Antrag nicht mehr bearbeitet, es sei denn die Studierenden können nachweisen, dass sie die Gründe für die Überschreitung der Frist nicht zu vertreten haben.

§ 6 Bewilligungszeitraum

Entscheidungen gelten nur für Beitragszahlungen, zu denen die Studierenden bereits von der Hochschule aufgefordert wurden. Ein rückwirkender Zuschuss wird nicht gewährt.

§ 7 Antragsbearbeitung

(1) Zuständig für die Entscheidung über alle Anträge auf Zuschuss ist der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA). Er kann mit der Hochschulverwaltung eine Verwaltungsvereinbarung über die Wahrnehmung dieser Aufgabe abschließen oder die Studierendenschaft oder Hochschulverwaltung einer anderen Hochschule, das StudierendenWERK Berlin oder eine andere öffentliche Verwaltung mit dieser Aufgabe betrauen. Alle personenbezogenen Daten sind dabei vertraulich zu behandeln. Die Bearbeitungsreihenfolge wird durch den Eingang der Anträge bestimmt.

(2) Das Ergebnis ist den Studierenden schriftlich durch Bescheid mitzuteilen. Die Nichtanerkennung von geltend gemachten Härten ist zu begründen. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

(3) Sobald die Semesterticketbeiträge von der HWR Berlin an den AStA überwiesen sind, ist die Überweisung des Zuschussbetrages an die Studierenden zu veranlassen.

§ 8 Änderung / Inkrafttreten

- (1) Die Änderung der Satzung nach § 18a Absatz 5 BerlHG der Studierendenschaft (Sozialfonds-Satzung) bedarf einer einfachen Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl des Studierendenparlaments.
- (2) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Mitteilungsblatt/Bulletin der HWR Berlin in Kraft.

**Statute
in accordance with § 18a section 5 BerlHG
(Social funds statute)
the student representative body
of the Berlin School of Economics and Law (HWR Berlin)
Date: 12.11.2018, last amended on 13.07.2026²**

In accordance with § 18a section 5 of the Gesetz über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz - BerlHG) in the version from 26.07.2011 (GVBl. p. 378), last amended on 21.01.2026 (GVBl. p. 23) the Student Parliament passed the following statute:

§ 1 Subject

(1) The student representative body of the Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin) has established a fund from which grants are to be made to students in accordance with § 18a section 5 BerlHG. It draws its funds from the funds established for this purpose by the scale of fees instituted by the student representative body and the interest accrued on the fees raised in accordance with § 18a section 4 BerlHG. Funds not used will be transferred back to the fund.

(2) Students who are not exempted from the requirement to make contributions in accordance with § 18a section 5 BerlHG (Semesterticket-Satzung) or in accordance with § 1 section 4 agreement VBB semester ticket, can apply for a grant towards the price of the ticket in accordance with this statute, up to the amount of the semester ticket price for the semester in question. The minimum subsidy amount shall be at least 5 €. The student representative body is not legally required to approve such an application. The grants made by the student representative body in accordance with this statute are made on the basis of case-by-case decisions in accordance with the level of funds available to the student representative body in accordance with section 1. Eligible applicants have no legal entitlement to benefits under sentence 1.

(3) The grant will be made for a single semester.

§ 2 Eligibility for application

(1) Applications will be accepted from students who are able to demonstrate a case of especial hardship as defined at the point at which the payment is due and which poses a considerable hindrance to making this payment. Only those students are eligible whose monthly income does not exceed the requirements and who are not in possession of any assets. The calculation period covers three months. For students re-registering, the calculation period ends on the last day of the month in which the re-registration deadline for the semester in question falls. For students enrolling for the first time, the calculation period ends at the end of the month in which they enroll.

(2) Students who are disenrolled during or before the semester for which they have made an application or who lose their student status at the HWR Berlin must report this to the Semester Ticket Office immediately and are required to repay a proportion of the sum granted for the months which have not yet started, during which they do not hold student status at the HWR Berlin, immediately.

(3) Cases of especial hardship include:

1. the preparation of the thesis at the time the payment is due,
2. Students completing internship with a minimum of 30 hours per week within the last six months up to the point at which the fees for the semester ticket are due, as long as this work experience is required by the study and examination regulations and has a duration of at least three months.
3. International students whose work visa restricts their ability to perform employed work.
4. a low income, which exists when the income, as defined in section 5, falls short of the need during the calculation period, as defined in section 4,
5. The need to bear the costs for necessary medical or psychological treatment within the last six months up to the point at which the fees for the semester ticket are due, which are not covered by health insurance, as long as these costs exceed the sum of 50 €,
6. Pregnancy from the 12th week onward,
7. living with at least one minor child,
 - a) if one is solely responsible for the child's care and upbringing,
 - b) if there is an obligation to pay child support for at least one minor child,
8. Students who, or whose child or children, are entitled to ongoing benefits for living expenses under Book II of the Social Code (SGB II) or under Book XII of the Social Code (SGB XII),
9. if one is solely responsible for the care of a sick, convalescing, or disabled person or provides financial support to such a person,
10. if a Berlin Social Ticket has already been purchased,
11. Integration assistance for people with disabilities pursuant to § 54 section 1, sentence 1, nos. 1 through 3 of SGB XII, or

other comparable hardness levels not listed here must be evaluated on a case-by-case basis.

(4) The monthly requirement for students is set out by:

1. a basic allowance equal to the standard benefit under § 20 section 2 of SGB II (Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende)
2. a lump-sum payment for each person toward whom a maintenance obligation exists or to whom maintenance is paid, in the amount of:
 - a) for spouses and partners in a marriage, civil partnership, or a relationship analogous to a marriage or civil partnership, in accordance with § 20 section 3 SGB II,
 - b) for children under 25 years of age and other adults, in accordance with § 20 section 2 sentence 2, SGB II and § 22 section 2a SGB II,
 - c) for children aged 0 to 5, in accordance with § 23 no. 1 of SGB II,
 - d) for children aged 6 to 13, in accordance with § 23 no. 1 of SGB II,
 - e) for children aged 14 to 17, in accordance with § 23 no. 1 of SGB II,
3. Accommodation costs, including heating and utility costs, up to a maximum of 600 €, upon presentation of supporting documentation. If a need is recognized under § 2 section 4 no. 2, the eligible amount increases by 200 € for each additional person.
4. The monthly sum paid by the applicant for their health insurance. provided that the student covers the costs themselves,
5. An additional requirement of 60 € if it is possible to demonstrate hardship in accordance with § 2 section 3 no. 6.

(5) The student is forced to spend their entire income to cover the costs of the semester ticket. As a rule, income includes earnings from salaried employment and freelance work, maintenance and grants, income from interest and dividend payments, bursaries, child allowance, payments made in accordance with the Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG), Wohngeldgesetz (WoGG), Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG), Sozialgesetzbuch (SGB) and pensions. The requirements for servicing debts which must be paid off within the calculation period will also be taken into account. Upon request, a portion of the assets may be excluded from the calculation if their inclusion would result in undue hardship in a particular case.

(6) Students are required to spend their assets as far as this is reasonable.

§ 3 Award criteria

Students who can advance grounds of especial hardship in accordance with § 2 section 3, will be granted a grant towards the cost of the semester ticket to cover the difference between the income and assets and the requirements.

§ 4 Application documents

The application must include the current, fully completed form, the receipt for the semester tuition fee for the semester for which the grant is being requested, as well as the supporting documents demonstrating financial hardship and the calculation of financial need.

§ 5 Application deadlines

The application for a grant towards the cost of the semester ticket must have been received by the General Student Council (Allgemeiner Studierendenausschuss, AStA) by the end of the fifth months for which the grant has been applied at the latest. Applications received after the deadline will not be processed, unless the student is able to demonstrate that the reason behind their late submission lay outside their power.

§ 6 Term of the grant

Decisions apply only to payments which the university has already required payment. Retrospective grants will not be made.

§ 7 Application documents

(1) The General Student Council (Allgemeiner Studierendenausschuss, AStA) is responsible for decisions pertaining to the application. The committee can conclude an administrative agreement with the university management regarding the performance of this task or task the student representative body or university administration of another university, the StudierendenWERK Berlin (German National Association for Student Affairs) or another public body to perform it. All personal data are to be handled confidentially. All applications will be processed in the order in which they have been received.

(2) The applicant is to be informed of the decision in writing. Any decision not to accept grounds of

hardship is to be substantiated. The written notification is to include instruction on the legal remedies available.

(3) The grant is to be transferred to the student as soon as the HWR Berlin has transferred the fees for the semester ticket to the AStA.

§ 8 Alterations / commencement

(1) Alteration of the statute in accordance with § 18a section 5 BerlHG of the student representative body (social funds statute) requires a simple majority of the Student Parliament.

(2) This statute takes effect on the day after its publication in the Mitteilungsblatt / Bulletin der HWR Berlin.